

Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

77. Jahrgang

Ausgegeben in Hannover am 30. August 2023

Nummer 17

INHALT

Tag		Seite
23. 8. 2023	Verordnung zur Änderung der Niedersächsischen Stellenobergrenzenverordnung	196 20441
24. 8. 2023	Verordnung zur Änderung der Niedersächsischen Laufbahnverordnung	197 20411
29. 8. 2023	Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechts sowie in anderen Rechtsgebieten	198 71000
16. 8. 2023	Niedersächsische Verordnung über die Mindestanzahl von Erzeugerinnen und Erzeugern in Erzeugerorgani- sationen für Pilze (NMinErzOrgPilzeVO)	200 78650 (neu), 78650

Herausgegeben von der Niedersächsischen Staatskanzlei (E-Mail: amtsblattstelle@stk.niedersachsen.de)
Verlag und Druck: Umweltdruckhaus Hannover GmbH, Klusriede 23, 30851 Langenhagen, Telefon 0511 475767-0, Telefax 0511 475767-19,
www.umweltdruckhaus.de. Erscheint nach Bedarf. Laufender Bezug und Einzelstücke können durch den Verlag bezogen werden. Bezugspreis
pro Jahr 56,30 € (einschließlich 3,68 € Mehrwertsteuer und einschließlich 9,20 € Portokostenanteil). Bezugskündigung kann nur 6 Wochen vor
Jahresende schriftlich erfolgen. Einzelnummer je angefangene 8 Seiten 1,05 €. ISSN 0341-3497. Abbonementsservice: Nils Lohmann, Telefon 0511
475767-22, Telefax 0511 475767-19, E-Mail: abo@umweltdruckhaus.de.

Einzelverkaufspreis dieser Ausgabe 1,05 € einschließlich Mehrwertsteuer zuzüglich Versandkosten.

**Verordnung
zur Änderung der Niedersächsischen
Stellenobergrenzenverordnung**

Vom 23. August 2023

Aufgrund des § 24 Sätze 1 und 2 des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes vom 20. Dezember 2016 (Nds. GVBl. S. 308; 2017 S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Juni 2023 (Nds. GVBl. S. 110), wird verordnet:

Artikel 1

§ 1 Abs. 2 der Niedersächsischen Stellenobergrenzenverordnung vom 29. Januar 2020 (Nds. GVBl. S. 20) wird wie folgt geändert:

1. Es werden die folgenden neuen Nummern 4 und 5 eingefügt:
 - „4. der Beamtinnen und Beamten in der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Bildung beim Landesamt für Soziales, Jugend und Familie, die in der Fachberatung Hören, Sprache oder Sehen tätig sind,
 5. der Beamtinnen und Beamten in der Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Gesundheits- und soziale Dienste beim Landesamt für Soziales, Jugend

und Familie, die als ärztliche Fachgutachterinnen und Fachgutachter tätig sind,“.

2. Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 6.
3. Nach der neuen Nummer 6 werden die folgenden Nummern 7 und 8 eingefügt:
 - „7. der Beamtinnen und Beamten, denen nach § 20 Abs. 1 oder 2 des Beamtenstatusgesetzes eine Tätigkeit bei einer Einrichtung oder Religionsgemeinschaft zugewiesen worden ist und für die neue Stellen in den Stellenplänen und Stellenübersichten zum Haushaltsplan gesondert ausgebracht sind,
 8. der Beamtinnen und Beamten der Anstalt Niedersächsische Landesforsten,“.
4. Die bisherigen Nummern 5 und 6 werden Nummern 9 und 10.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Hannover, den 23. August 2023

Die Niedersächsische Landesregierung

Weil Heere

**Verordnung
zur Änderung der Niedersächsischen
Laufbahnverordnung**

Vom 24. August 2023

Aufgrund des § 25 Nr. 12 des Niedersächsischen Beamtengesetzes vom 25. März 2009 (Nds. GVBl. S. 72), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Juni 2023 (Nds. GVBl. S. 110), wird verordnet:

Artikel 1

§ 44 der Niedersächsischen Laufbahnverordnung vom 30. März 2009 (Nds. GVBl. S. 118), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. Oktober 2022 (Nds. GVBl. S. 648), wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 2 werden nach dem Wort „Jahre“ die Worte „zu einem Stichtag“ eingefügt.
 - b) Satz 4 erhält folgende Fassung:

„⁴Eine Beurteilung aus besonderem Anlass (Anlassbeurteilung) ist neben oder anstelle einer Regelbeurteilung nach Satz 1 zulässig, wenn sie rechtlich geboten ist.“
 - c) Es wird der folgende Satz 5 angefügt:

„⁵Rechtlich geboten ist eine Anlassbeurteilung insbesondere, wenn

 1. die Beamtin oder der Beamte seit dem letzten Beurteilungsstichtag mehr als zwei Jahre eine andere Tätigkeit wahrgenommen hat, die einem anderen höherwertigen oder einer anderen Laufbahn zugehörigen Statusamt zuzuordnen ist, oder ihr oder

ihm seit dem letzten Beurteilungsstichtag ein Statusamt mit einem anderen Grundgehalt übertragen worden ist,

2. die Aktualität der letzten Regelbeurteilung aus anderen Gründen entfallen ist,
 3. die Erstellung einer Anlassbeurteilung durch Rechtsvorschrift vorgesehen ist oder
 4. zum letzten Beurteilungsstichtag eine Regelbeurteilung nicht erstellt worden ist.“
2. Nach Absatz 1 wird der folgende Absatz 1 a eingefügt:

„(1 a) ¹Abweichend von Absatz 1 Satz 2 ist die nächste Regelbeurteilung, die nach dem 31. August 2023 erstellt wird, nach Ablauf von vier Jahren seit dem Stichtag der letzten Regelbeurteilung vorzunehmen. ²Die oberste Dienstbehörde kann in begründeten Ausnahmefällen einen abweichenden Beurteilungsstichtag und einen abweichenden Beurteilungszeitraum bestimmen. ³Die Verlängerung des Beurteilungszeitraums nach den Sätzen 1 und 2 führt für sich betrachtet nicht dazu, dass die letzte Regelbeurteilung als nicht aktuell anzusehen ist.“
 3. In Absatz 6 wird die Angabe „bis 4 und die Absätze 2“ durch die Angabe „bis 5 und die Absätze 1 a“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 31. August 2023 in Kraft.

Hannover, den 24. August 2023

Die Niedersächsische Landesregierung

Weil Behrens

Verordnung
zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten
auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechts
sowie in anderen Rechtsgebieten

Vom 29. August 2023

Aufgrund

des § 5 Abs. 1 Satz 1 des Niedersächsischen Gesetzes über Verordnungen und Zuständigkeiten vom 22. Oktober 2014 (Nds. GVBl. S. 291), geändert durch Gesetz vom 17. Februar 2021 (Nds. GVBl. S. 65), und

des § 17 Sätze 2 und 4 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Juni 2023 (Nds. GVBl. S. 111),

wird verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechts sowie in anderen Rechtsgebieten vom 18. November 2004 (Nds. GVBl. S. 482), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 26. Januar 2022 (Nds. GVBl. S. 36), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 werden jeweils die Worte „Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr“ durch die Worte „für Wirtschaft zuständige Ministerium“ ersetzt.
2. In § 2 a Satz 1 werden die Worte „Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr“ durch die Worte „für Wirtschaft zuständigen Ministerium“ ersetzt.
3. Die Anlage (zu § 1 Abs. 1) wird wie folgt geändert:
 - a) In den Erläuterungen zum Verzeichnis werden zu der Angabe „MW“ die Worte „Arbeit, Verkehr“ durch die Worte „Verkehr, Bauen“ ersetzt.
 - b) In Nummer 1 wird die Angabe „Artikel 5 des Gesetzes vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1403)“ durch die Angabe „Artikel 11 des Gesetzes vom 28. Juni 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 172)“ ersetzt.
 - c) In Nummer 2.1 wird die Angabe „Verordnung vom 14. November 2001 (BGBl. I S. 3073)“ durch die Angabe „Artikel 2 der Verordnung vom 28. April 2016 (BGBl. I S. 1046)“ ersetzt.
 - d) In Nummer 2.2 wird die Angabe „Artikel 9 Abs. 10 des Gesetzes vom 23. November 2007 (BGBl. I S. 2631)“ durch die Angabe „Artikel 2 der Verordnung vom 24. Juni 2019 (BGBl. I S. 882)“ ersetzt.
 - e) In Nummer 2.3 werden nach dem Klammerzusatz „(BGBl. I S. 547)“ ein Komma und die Worte „zuletzt geändert durch Artikel 101 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBl. I S. 626)“ eingefügt.

q) Die Nummern 3.9 und 3.9.1 erhalten folgende Fassung:

„3.9 **Fertigpackungsverordnung vom 18. November 2020 (BGBl. I S. 2504)**

mit Ausnahme von

3.9.1 § 40 Marktüberwachung in Betrieben, die Waren an Letztverbraucher abgeben

MEN

G/MEN“.

r) Es werden die folgenden neuen Nummern 3.10 und 3.10.1 eingefügt:

„3.10 **Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 über amtliche Kontrollen und andere Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 999/2001, (EG) Nr. 396/2005, (EG) Nr. 1069/2009, (EG) Nr. 1107/2009, (EU) Nr. 1151/2012, (EU) Nr. 652/2014, (EU) 2016/429 und (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 1/2005 und (EG) Nr. 1099/2009 des Rates sowie der Richtlinien 98/58/EG, 1999/74/EG, 2007/43/EG, 2008/119/EG und 2008/120/EG des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG)**

- f) In Nummer 2.4 wird die Angabe „Artikel 10 des Gesetzes vom 21. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3089)“ durch die Angabe „Verordnung vom 9. Mai 2018 (BGBl. I S. 550)“ ersetzt.
- g) In Nummer 2.5 wird die Angabe „Artikel 12 des Gesetzes vom 10. November 2001 (BGBl. I S. 2992)“ durch die Angabe „Artikel 3 der Verordnung vom 9. März 2010 (BGBl. I S. 264)“ ersetzt.
- h) In Nummer 3.1.1 wird die Angabe „Artikel 9 a des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246)“ durch die Angabe „Artikel 2 des Gesetzes vom 9. November 2022 (BGBl. I S. 2009)“ ersetzt.
- i) In Nummer 3.1.2 wird die Angabe „20. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3075)“ durch die Angabe „18. März 2016 (BGBl. I S. 509), geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 26. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4740)“ ersetzt.
- j) In Nummer 3.3 wird die Angabe „Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2495)“ durch die Angabe „Artikel 2 Abs. 10 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2752)“ ersetzt.
- k) In Nummer 3.4.1 werden nach dem Klammerzusatz „(Nds. GVBl. S. 415)“ ein Komma und die Worte „zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 26. Januar 2022 (Nds. GVBl. S. 36)“ eingefügt.
- l) In Nummer 3.4.2 wird die Angabe „Artikel 10 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246)“ durch die Angabe „Artikel 14 des Gesetzes vom 10. März 2017 (BGBl. I S. 420)“ ersetzt.
- m) In Nummer 3.6.1 wird die Angabe „Artikel 1 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 426)“ durch die Angabe „Artikel 228 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)“ ersetzt.
- n) In Nummer 3.6.2 wird die Angabe „Artikel 2 des Gesetzes vom 26. März 2008 (BGBl. I S. 426)“ durch die Angabe „Artikel 1 der Verordnung vom 1. September 2020 (BGBl. I S. 1977)“ ersetzt.
- o) In Nummer 3.6.3 werden nach der Angabe „2002“ im Klammerzusatz die Angabe „3670“ durch die Angabe „3970“ und die Angabe „Artikel 3 Abs. 17 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154)“ durch die Angabe „Artikel 234 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)“ ersetzt.
- p) In Nummer 3.7 wird die Angabe „Gesetz vom 11. April 2016 (BGBl. I S. 718)“ durch die Angabe „Gesetz vom 9. Juni 2021 (BGBl. I S. 1663)“ ersetzt.

Nr. 854/2004 und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 89/608/EWG, 89/662/EWG, 90/425/EWG, 91/496/EEG, 96/23/EG, 96/93/EG und 97/78/EG des Rates und des Beschlusses 92/438/EWG des Rates (Verordnung über amtliche Kontrollen) (ABl. EU Nr. L 95 S. 1, Nr. L 137 S. 40; 2018 Nr. L 48 S. 44, Nr. L 322 S. 85), zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2021/1756 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Oktober 2021 (ABl. EU Nr. L 357 S. 27)

3.10.1 Artikel 138 Maßnahmen im Fall eines festgestellten Verstoßes gegen eichrechtliche Vorgaben, MEN
Abs. 1 Satz 1
Buchst. a
und b

jedoch bei festgestelltem Verstoß im Rahmen der Marktüberwachung in Betrieben, G/MEN“.
die Waren an Letztverbraucher abgeben

- s) Die bisherigen Nummern 3.10 bis 3.12 werden Nummern 3.11 bis 3.13.
- t) In der neuen Nummer 3.11 werden die Angabe „Artikel 11 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246)“ durch die Angabe „Artikel 296 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)“ und die Angabe „in der Fassung vom 18. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4197), geändert durch § 20 Abs. 9 des Gesetzes vom 3. Juli 2004 (BGBl. I S. 1414)“ durch die Angabe „vom 12. November 2021 (BGBl. I S. 4921)“ ersetzt.
- u) In der neuen Nummer 3.12 wird die Angabe „Artikel 2 Abs. 4 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2787)“ durch die Angabe „Artikel 2 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 205)“ ersetzt.
- v) In Nummer 4.1 wird die Angabe „Artikel 14 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2637)“ durch die Angabe „Artikel 9 des Gesetzes vom 31. Mai 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 140)“ ersetzt.
- w) In Nummer 4.2 wird die Angabe „Artikel 11 des Gesetzes vom 21. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3089)“ durch die

Angabe „Artikel 12 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2606)“ ersetzt.

- x) In Nummer 4.4 wird die Angabe „Artikel 269 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)“ durch die Angabe „Artikel 8 des Gesetzes vom 31. Mai 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 140)“ ersetzt.
- y) In Nummer 4.7 wird die Angabe „Artikel 379 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407)“ durch die Angabe „Artikel 266 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)“ ersetzt.
- z) In Nummer 4.8 wird die Angabe „Artikel 378 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407)“ durch die Angabe „Artikel 10 des Gesetzes vom 2. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56)“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Hannover, den 29. August 2023

Die Niedersächsische Landesregierung

Weil Lies

**Niedersächsische Verordnung
über die Mindestanzahl von Erzeugerinnen
und Erzeugern in Erzeugerorganisationen für Pilze
(NMinErzOrgPilzeVO)**

Vom 16. August 2023

Aufgrund des § 4 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. d Doppelbuchst. aa des Agrarorganisationen- und Lieferketten-Gesetzes in der Fassung vom 24. August 2021 (BGBl. I S. 4036), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 21 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2752), in Verbindung mit § 3 Abs. 4 Nr. 3 der Obst-Gemüse-Erzeugerorganisationendurchführungsverordnung vom 22. Juli 2022 (BGBl. I. S. 1197), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 7), in Verbindung mit § 5 Nr. 10 der Subdelegationsverordnung vom 9. Dezember 2011 (Nds. GVBl. S. 487), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. Juni 2023 (Nds. GVBl. S. 131), wird verordnet:

§ 1

Eine Erzeugerorganisation für Pilze kann nur anerkannt werden, wenn ihr mindestens fünf Erzeugerinnen oder Erzeuger als Mitglieder angehören.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Niedersächsische Verordnung zur Durchführung der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte bei Obst und Gemüse vom 8. März 2011 (Nds. GVBl. S. 69) außer Kraft.

Hannover, den 16. August 2023

**Niedersächsisches Ministerium
für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

S t a u d t e

Ministerin



VAKAT

